



**Sehr geehrte Bundesregierung,  
sehr geehrte GewerkschaftsvertreterInnen,  
sehr geehrte MitarbeiterInnen der Maschinen- und Metallwarenindustrie,**

seit die Vertreter der österreichische Maschinen- und Metallwarenindustrie vergangene Woche die **Kollektivvertragsverhandlung** unterbrochen, um die Rahmenbedingungen zu klären, hören wir von Seiten unseres Sozialpartners unsachliche Vorwürfe. Ängste werden geschürt und man wird nicht müde, uns vorzuwerfen, nicht an die Beschäftigten in unserer Branche zu denken. Uns aber geht es um unsere MitarbeiterInnen.

**Wir sind als Unternehmer extrem unter Druck!**

Die Gewerkschaften überreichten uns zur ersten Verhandlungsrunde ein völlig überzogenes Forderungsprogramm, das die schlechte Wirtschaftslage ignoriert. **Und die ist dramatisch. 2014 hatten wir über 1 Milliarde Euro weniger Umsatz als im Jahr davor, die ersten fünf Monate 2015 gab es ein Minus von 2,6 % in der Produktion. Die Betriebe verzeichnen dramatisch weniger Aufträge, fast ein Drittel schreibt rote Zahlen.**

Parallel dazu verhandelt die Bundesregierung derzeit ein so genanntes „Arbeitsmarktpaket“. Auch dieses sieht eine Reihe massiver Belastungen für die Unternehmen vor – obwohl diese schwer zu kämpfen haben und die Arbeitslosigkeit rasant steigt.

Offenbar plant die Regierung aber auch weitere neue Vorschriften und Steuern, die vor allem eines bewirken würden: Die Arbeitskosten in der österreichischen Industrie noch weiter hinauf zu treiben. Das führt dazu, dass wir am Weltmarkt bereits heute kaum mehr konkurrenzfähig sind, weil wir zu teuer produzieren.

Werden auch nur einzelne Maßnahmen aus dem „Arbeitsmarktpaket“ gesetzlich verordnet, sind etliche unserer exportorientierten Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet! Zur Verdeutlichung: Allein die Ausweitung der 6. Urlaubswoche würde die Betriebe etwa so viel kosten, wie eine ganze KV-Lohnrunde.

Die Maschinen- und Metallwarenindustrie ist eine der Schlüsselindustrien am Standort Österreich. Sie umfasst rund 1.200 Unternehmen – größtenteils KMU und Familienbetriebe – mit knapp 117.000 Beschäftigten. Wir sind eine der am besten zahlenden Branchen und verlässlicher Job-Motor. Jedes Beschäftigungsverhältnis in unserer Branche sichert einen Job in einem anderen Sektor. Aber: In den letzten 1,5 Jahren gingen bei uns bereits 3.500 Arbeitsplätze verloren, weil die Betriebe die Arbeitskosten nicht mehr stemmen konnten oder überhaupt zusperren mussten.

Den Abwärtstrend können wir nur stoppen, wenn wir jetzt vorsichtig wirtschaften. Dazu gehört, dass wir vor einem KV-Abschluss Klarheit darüber haben müssen, welche gesetzlichen Zusatzkosten und Steuern geplant sind.

Denn es geht nicht nur um gute Löhne und Gehälter, die ja auch nach dem 1. November weiter bezahlt werden, weil der Kollektivvertrag unbefristet ist. Es geht um den Erhalt der Arbeitsplätze in unserer Branche, deren Überleben am Standort Österreich so nicht mehr gesichert ist. Gemeinsam mit dem Sozialpartner und der Politik können wir das Ruder noch herumreißen.

**Wir können jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keine Lohn- und Gehaltsverhandlungen führen, wenn wir nicht wissen, welche zusätzlichen Kosten auf die Unternehmen zukommen.**

**Um Arbeitsplätze zu schützen, brauchen und fordern wir daher Klarheit.**

Christian Knill

Obmann